

In dieser Ausgabe

Kritische Delegierte wählen gute Kandidaten

Seite 2

Uwe Salzwedel im Interview

Seite 3

Spenden für Flüchtlinge in Griechenland und Serbien

Seite 4

Mietendeckel bundesweit erstreiten!

Seite 5

Deutungshoheit der Geschichte

Seite 6

Grausame Erinnerungen eines Kindes 1945

Seite 7

Widersprüchliches in Russland

Seite 8

Redaktionsschluss der nächsten Impulse:

1. Juni 2021

Erscheinen der nächsten Impulse:

15. Juni 2021

Die Pharmaindustrie hätte sich keine bessere Regierung kaufen können

Niemand wird ernsthaft bezweifeln, dass eine weltweite Pandemie auch nur weltweit und gemeinsam bekämpft werden kann. Das ist eine medizinische Notwendigkeit, weil sonst irgendwo auf der Welt Mutationen entstehen werden, die alles wieder von vorn beginnen lassen. Es ist aber auch ein Gebot der Menschlichkeit. Dieser Aspekt sollte bei den ganzen Diskussionen um die Impfstoffbeschaffung für unser reiches Land mit einem zumindest verkündeten humanistischen Anspruch nicht gänzlich unter die Räder kommen.

Die Bundesrepublik lehnt hingegen den Antrag mehrerer Staaten ab, bei der Welthandelsorganisation (WTO) eine Freigabe der Patente für Impfstoffe zur Bekämpfung der Pandemie zu erreichen. Die Vertreter Deutschlands stellen sich damit unter anderem auch gegen die sehr vernünftigen Bestrebungen vieler internationaler Organisationen, darunter die UN-Menschenrechtskommission, die UNESCO und die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Die Begründung der Bundesregierung lautet im Gleichklang mit den Vertretern der Pharmalobby, es stehe zu befürchten, dass „Firmen möglicherweise nicht bereit seien, eine solche ‚außerordentliche Leistung‘ wie jetzt erneut zu erbringen, wenn man ihnen sage, dass in einer Pandemie der Schutz des geistigen Eigentums nicht mehr gelte“.

Im Klartext: Die Motivation, mit der staatlich stark subventionierten und daher eigentlich schon ganz gut bezahlten Forschung viele Menschenleben zu retten, würde den Pharmakonzernen nicht genügen. Auch Prämien und Entschädigungen für die Hergabe der Patente wären kein ausreichender Trost. Es müssen schon Profite sein. Sonst machen die beim nächsten Mal womöglich nicht mehr mit bei der Rettung von Menschenleben.

Schon klar, liebe Bundesregierung, solche (gut bezahlten!) Einschränkungen des Profitstrebens kann man den Pharmakonzernen nicht zumuten.

Gleichzeitig mutet aber dieselbe Bundesregierung ihren Bürgern ganz erhebliche Einschränkungen



Foto: Maria Düsterhöft

kungen der mit der Verfassung verbindlich zugesicherten Grundrechte zu. Der Ruin vieler Unternehmen des Mittelstands und vieler Selbstständiger wird billigend in Kauf genommen. Lohnabhängige erleiden teilweise existenzgefährdende Einbußen. Kinder und Jugendliche werden um ihre Chancen gebracht. Studenten können nicht richtig studieren. Alte Menschen werden sozial isoliert. Die Kultur liegt am Boden. Man muss eben Prioritäten setzen, nicht wahr liebe Bundesregierung. Sie erwartet Solidarität und Gemeinsinn von den Bürgern bis an die Schmerzgrenze und pflegt gleichzeitig eine Parallelgesellschaft der Konzerne, von der eben diese Solidarität nicht im Mindesten verlangt wird.

Während des weltweiten Notstandes geht es nicht darum, über die „heilige Kuh“ des Patentschutzes für Pharmariesen (TRIPS-Abkommen) zu debattieren, sondern alle weltweit gemeinsam loslegen zu lassen, die Impfstoffe produzieren könnten.

Niels-Olaf Lüders
Bundestagskandidat der LINKEN. WK 59

Kritische Delegierte rangen um gute Kandidaten



Spitzenteam der LINKEN zu den Bundestagswahlen: v. l. Christian Görke, Anja Mayer, Stefan Kunath, Anke Domscheit-Berg

„Bis heute standen wir im Wettbewerb um die besten Listenplätze. Ab morgen ist gemeinsamer Wahlkampf“, rief die zweitplatzierte Anke Domscheit-Berg am 24. April am Ende der Vertreter*innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste der LINKEN für die Bundestagswahl aus. Gemeinsam, geschlossen und solidarisch, das waren auch die am meisten gebrauchten Begriffe der Bewerberinnen und Bewerber an diesem aufregenden Tag in Paaren/Glien.

Zu Beginn der Listenplatzierung hatte Parteivorsitzende, Susanne Hennig-Wellsow, noch einmal die Bedeutung der diesjährigen Bundestagswahl als Richtungsentscheidung hervorgehoben. Wie der Reichtum der Bundesrepublik gerecht verteilt und der notwendige ökologische und soziale Wandel vollzogen werden könne, das beantworte allein DIE LINKE konsequent. Dabei gehe es um Existenzsicherung,

die vorderen Plätze auf der Landesliste. Die Vertreter*innen entschieden sich hier letztlich für die in breiter Öffentlichkeit bekannteste und durch Fachkompetenz erprobte Riege.

Zum Spitzenkandidaten wählten sie den ehemaligen Finanzminister Brandenburgs Christian Görke (59). Damit gaben sie ihm mit knapper Mehrheit den Vorrang vor dem Sprecher für Kinder- und Jugendpolitik in der Bundestagsfraktion der LINKEN, Norbert Müller (35). Er verzichtete auf eine weitere Platzierung auf der Landesliste. An der Spitze folgte die parteilose, im digitalen Bereich anerkannte Bundestagsabgeordnete Domscheit-Berg (53). Nach Erfahrungen bei den Grünen und den Piraten wollte sie eigentlich in keine Partei mehr eintreten. Das wollte sie auch nicht vor der Wahlkonferenz mit dann besseren Platzierungsaussichten. Aber die starke Frau, die ein T-Shirt mit Friedenstaube auf blauem Grund trug, tat

Klimawandel und Eigentumsverhältnisse.

Das Feld guter Kandidat*innen für die Landesliste war groß. Die Chance, dann wirklich in den Bundestag einzuziehen, ist dagegen gering. Schließlich hat die Partei an Zuspruch eingebüßt. Wenn sie mit fünf Bewerber*innen aus Brandenburg in das oberste Parlament der Bundesrepublik im Herbst einziehen könnte, wäre das schon ein gutes Ergebnis. Entsprechend heiß begehrt waren

es dann doch auf dieser Konferenz, nachdem sie auf Platz 2 gewählt worden war.

Den für sie enttäuschenden Rang 3 belegte Landesvorsitzende Anja Mayer (41), die sich vor allem für eine gerechtere Gesundheitspolitik einsetzen möchte.

Drei männliche Bewerber, die sich aktiv in Kommunen, beim Umweltschutz und für Menschen in prekären Verhältnissen engagieren, traten für den vielleicht noch aussichtsreichen Platz 4 in den Ring. Unser Direktkandidat für den Wahlkreis 59, Niels-Olaf Lüders (54), verzichtete auf eine Kandidatur auf diesen begehrten Rang zugunsten des jüngeren Sozialwissenschaftlers aus Frankfurt (Oder), Stefan Kunath (32), der hier dann auch das Rennen machte. Auf Platz 5 kam schließlich die taffe Gesundheitswissenschaftlerin Martina Trauth (56) aus Potsdam, die 2018 bei der Stichwahl zum Oberbürgermeisteramt der Stadt 45 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Entsprechend der Quotierung erreichte der Politik- und Verwaltungswissenschaftler sowie Sprecher der Bundes-AG Kommunalpolitik, Tobias Bank (35) die 6. Stelle. Isabelle Czok-Alm (48), Erzieherin aus Wandlitz, erhielt Listenplatz 7, Rechtsanwalt Niels-Olaf Lüders aus Strausberg Platz 8.

Sein Credo: „Jeder Versuch der Überwindung der sozialen Spaltung ist regelmäßig dazu verdammt, als ‚Reförmchen‘ zu enden, wenn es uns nicht gelingt, Schritt für Schritt die wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft wirklich tiefgreifend umzugestalten.“ Jetzt komme es darauf an, engagiert und geschlossen einen aktiven überzeugenden Wahlkampf für Veränderungen zu führen.

Renate Adolph

FFP2-Masken für Bedürftige gespendet



Stefan Kunath und Bettina Fortunato übergeben die FFP2-Masken-Spenden an Frau Koschwitz von der Unterkunft für wohnungslose Menschen in Seefichten

Ende April war Bettina Fortunato, Landtagsabgeordnete der LINKEN, zusammen mit dem LINKEN Bundestags-Direktkandidaten Stefan Kunath, bei sozialen Einrichtungen in Frankfurt (Oder) zu Gast, um sich über die Situation zu informieren und dort kostenlose FFP2-Masken zu übergeben. Fortunato unterstrich,

tenlos und schnell für alle Bedürftigen im Land bereitzustellen. Ich habe heute 200 Masken an die Gemeinschaftsunterkunft Seefichten für wohnungslose und geflüchtete Menschen, die sich in Trägerschaft des IB befindet, und 80 Masken an den Verein Flexible Jugend-

arbeit Frankfurt (Oder) e. V. übergeben und hoffe, so die Arbeit dieser wichtigen Einrichtungen ein wenig unterstützen zu können. Die vielen sozialen Träger und deren Mitarbeitende leisten momentan einen enorm wichtigen Beitrag zur Abfederung der pandemiebedingten Härten. Um den Schutz der oft ehrenamtlich arbeitenden Menschen und ihrer Klient*innen zu unterstützen.“ Abgeordnete ihrer Fraktion seien zurzeit im ganzen Land unterwegs und verteilen die wichtigen professionellen Masken.

arbeit Frankfurt (Oder) e. V. übergeben und hoffe, so die Arbeit dieser wichtigen Einrichtungen ein wenig unterstützen zu können. Die vielen sozialen Träger und deren Mitarbeitende leisten momentan einen enorm wichtigen Beitrag zur Abfederung der pandemiebedingten Härten. Um den Schutz der oft ehrenamtlich arbeitenden Menschen und ihrer Klient*innen zu unterstützen.“ Abgeordnete ihrer Fraktion seien zurzeit im ganzen Land unterwegs und verteilen die wichtigen professionellen Masken.

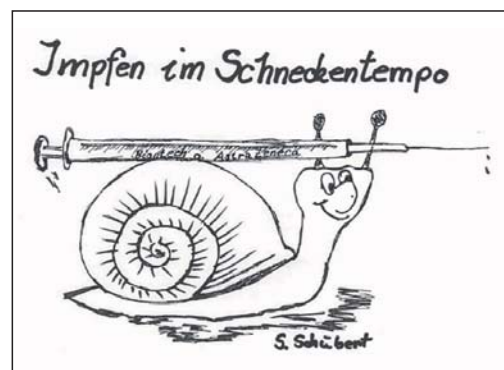




Foto: Maria Düsternhöft

UWE SALZWEDEL

Die LINKEN. in Märkisch-Oderland wählen Ende Mai ihren Kandidaten für die Landratswahl am 26. September. Einziger Kandidat ist ihr langjähriger Fraktionsvorsitzender im Kreistag, Uwe Salzweidel. Er ist 59 Jahre alt und als Lehrer für Geschichte und Recht am Gymnasium in Rüdersdorf tätig.

Mit ihm sprach „Impulse“.

Warum sollte ein Linker an der Spitze des Landratsamtes stehen?

Wenn die Linke es ernst meint mit der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit, dann muss sie auch Gestaltungswillen wahrnehmen. Das sind wir den Schwächsten in dieser Gesellschaft schuldig. Es macht schon einen Unterschied, wer die Verantwortung trägt, vor allem im sozialen Bereich und auch auf Kreisebene. Das beweisen u. a. Entscheidungen im Kinder- und Jugendbereich oder im Umgang mit Geflüchteten. Seit Jahren setzen wir uns beispielswei-

se für eine beitragsfreie Schülerbeförderung ein. Wir müssen zeigen, dass wir willens sind, aktiv zu verändern und nicht nur als Opposition Missstände anzuprangern. Wenn sich die Möglichkeit bietet, gestalterisch an die Spitze zu treten, sollten wir das nutzen. Einer solchen Aufgabe stelle ich mich als Kandidat der LINKEN. Dabei geht es weniger um die Person, sondern um die Verantwortung der Linkspartei.

Welche Voraussetzungen bringst Du in eine so wichtige Position für die Geschicke des Landkreises mit?

Begonnen hat mein kommunalpolitisches Engagement 1989 in der Gemeindevertretung Rüdersdorf. Seit 1998 gehöre ich dem Kreistag an. Sich für den Landkreis im „Kreisparlament“ einzusetzen, ist eine reizvolle Aufgabe. Analog gilt das auch für die Tätigkeit als Landrat, um von der Verwaltungsseite aus aktiv werden zu können. In den vielen Jahre als Abgeordneter, in meiner jetzt zweiten Wahlperiode als Fraktionsvorsitzender und als langjähriger Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses erhielt ich viele Einblicke in das Handeln der Verwaltung. Ich möchte Änderungen im demokratischen Umgang miteinander innerhalb und außerhalb des Landratsamtes herbeiführen. Dabei kann ich auf meine Verbundenheit und auf eine gute Vernetzung in der Region zurückgreifen. Zugleich erwarb ich mir Erfahrungen im qualifizierten Umgang mit gewählten Vertretern auch anderer Parteien

sowie in Kompromissbereitschaft und kollektiver Führung. Natürlich bin ich politisch, kulturell und sportlich interessiert.

Was willst Du konkret verändern?

Vorab, Gernot Schmidt (SPD), ist vor 16 Jahren auch mit den Stimmen unserer Linksfraktion zum Landrat gewählt worden. Er hat gemeinsam mit den demokratischen Kräften des Kreistages viele richtige Entscheidungen mitgetragen oder auch sogar initiiert. Erinnerung sei an den Erhalt der Krankheitslandschaft in kommunaler Hand und an die Gestaltung des Rettungswesens. Aber nach 16 Jahren sind Abriebeffekte erkennbar. Hier würde ich gern verändernd wirken wollen. Die Mitarbeiter der Verwaltung müssen als Fachleute stärker in Gestaltungsprozesse einbezogen werden. Die Verwaltungsspitze agiert oft autoritär und wenig transparent. Ein erster Schritt wäre es, wenn die Kommunikation der Verwaltungsspitze wieder im Sinne gemeinsamer Problemlösungen und nicht im Sinne der Machtausübung erfolgen würde. Beispielhaft sei der Umgang mit den freien Trägern in der Jugend- und Sozialarbeit erwähnt. Hier gilt es wieder, ein gemeinsames Agieren zum Lösen vorhandener Probleme herbeizuführen. Die Träger werden zurzeit in die Rolle der Dienstleister gedrängt und nur bedingt als Partner angesehen.

Zudem sollten Ideen aus den Ausschüssen und Gremien stärker in Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Bund und Land bei Schweinepest gefordert

Die Linksfraktion brachte im April eine Resolution in den Kreistag Märkisch-Oderland ein, mit der sich die Abgeordneten für eine spürbare Unterstützung des Landkreises von Bund und Land bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) aussprechen sollten. Die an Angela Merkel und Dietmar Woidke gerichtete Resolution zielte auf ein stärkeres Engagement der zuständigen Bundes- und Landesbehörden. In ihr wurde darauf verwiesen, dass mehrere Landkreise inzwischen von der ASP betroffen seien. Es handele sich nicht um eine regionale Angelegenheit. Die Bekämpfung müsse als nationale, wenn nicht gar europäische Aufgabe verstanden werden. Der Landkreis habe einen starken Handlungsdruck und große finanzielle Lasten zu tragen. Er rechne mit Forderungen von mehreren Millionen Euro, die ohne Unterstützung nicht beglichen werden könnten. Im Kreishaushalt 2021 seien bereits 7,5 Millionen Euro sowie eine 75-prozentige Lan-

deserstattung kalkuliert. Die bisherige, sehr dynamische Entwicklung der ASP hätte aber gezeigt, dass diese veranschlagten Mittel sehr wahrscheinlich nicht ausreichen. Der Landkreis rechne mit finanziellen Belastungen für weiteren Zaunbau, Kontroll- und Wartungsarbeiten und den späteren Rückbau

der Schutzzäune. Zudem seien zusätzliche Kosten entfallen für den Einsatz der Bundeswehr bei der Fallwildsuche (Unterbringung, Verpflegung ...), für den Kauf von Schwarzwildfallen sowie für nicht vorhersehbare Personalbindungen.

Die ASP drohe zu einem Dauerzustand zu werden mit unkalkulierbaren Risiken und Belastungen für Landwirte, Jäger und Menschen, die in den unmittelbar betroffenen Gebieten lebten, sowie verbunden mit steigenden finanziellen und personellen Belastungen für Märkisch-Oderland sowie andere Landkreise, mahnt die Resolution. Fachleute sehen das ebenso.

Doch nach einer Intervention des Landrates, Gernot Schmidt, man solle sich doch nicht mit den Forderungen die guten Beziehungen zur Landesregierung verderben, stimmte eine Mehrheit der Kreistagsabgeordneten gegen die Resolution.



Foto: Renate Adolph

Beratung im Kreistag mit Masken:
Jana Rathmann und Dietmar Barkusky

Renate Adolph

Linke vor Ort

Willi Paubel seit 75 Jahren in der Partei

Wie freute sich Dr. Willi Paubel, als er zu seinem 75-jährigen Parteijubiläum eine Urkunde der Linkspartei, unterzeichnet vom Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler, in seinem Zuhause für betreutes Wohnen in Hönow von Renate Adolph überreicht bekam. Für die Übergabe des Dokumentes und eines großen Blumenstraußes hatte die Ortsvorsitzende der LINKEN, Hoppegarten den 21. April gewählt. Schließlich schlossen sich an diesem Tag vor 75 Jahren im Osten Deutschlands SPD und KPD zusammen.

Bei einem Glas Sekt erzählte ihr der heute 96-Jährige, wie er bereits Ende 1945 nach schrecklichen Kriegserlebnissen in die SPD in Thüringen eintrat, um mitzuhelfen, das Land wieder aufzubauen. Als junger Soldat war er zum Ende des



Krieges nach einer schweren Schussverletzung im Bein nur knapp dem Tod entgangen. In der Partei und im beruflichen Leben setzte er

sich schließlich aktiv für ein besseres Leben der Menschen ein und erwarb sich dabei viel Anerkennung. Seine erfolgreiche Laufbahn begann als Postangestellter in Meiningen und mündete in leitenden Tätigkeiten im Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der DDR in Berlin. Ausschlaggebend waren am Beginn sein Abitur und seine Französischkenntnisse. Französisch ist bis heute Amtssprache in diesem Bereich. Es folgten Studium und Dissertation, unzählige internationale Verhandlungen und Kongresse in über 40 Ländern. Heute verfolgt er noch immer aufmerksam und mit großer Besorgnis das politische Geschehen. Sein täglicher Begleiter dabei ist das „nd“. Mit einem zusätzlichen Soli-Abo von 100 Euro unterstützt er monatlich das Fortbestehen seiner so wichtigen kritischen und objektiven Zeitung, berichtete er. r.a.

Einigkeit macht stark!



Am 21. und 22. April 1946 fanden sich Delegierte von KPD und SPD zum gemeinsamen Parteitag von KPD und Teilen der SPD zusammen. Aus diesem gemeinsamen Parteitag ging in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

Deutschlands und der Viersektorenstadt Berlin, durch die Vereinigung beider Parteien, die SED hervor. Sie erfolgte als logische Schlussfolgerung der Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandskampfes in den dunklen Jahrzehnten der faschistischen Diktatur. In dieser neuen Partei vereinten sich die Traditionen und Erfahrungen der SPD und der KPD. Als symbolisches Zeichen

der Vereinigung reichten sich der Kommunist Wilhelm Pieck und der Sozialdemokrat Otto Grotewohl vor den anwesenden Delegierten die Hände! Zum Gründungszeitpunkt hatte die SED ca. 1,3 Millionen Mitglieder. Am Ende der DDR 1989 waren es 2,3 Millionen Genoss*innen.

Carsten Wenzel / BO Tamara

Aktive Hilfe für Geflüchtete in katastrophalen Lagern

LINKE aus Hoppegarten spendeten für Flüchtlinge in Griechenland und Bosnien-Herzegowina 470 Euro. Damit folgten sie einem Aufruf des Vereins „Wir packen's an“, der Ende April erneut von Bad Freienwalde aus mit Hilfsgütern zu den Flüchtlingslagern startete, um dort die katastrophalen Lebensbedingungen der Menschen etwas zu lindern.

„Schockierten uns vor kurzem noch Bilder von barfußigen Menschen im Schnee, die bitterlich froren, so müssen wir damit rechnen, dass Geflüchtete in Südeuropa bald wieder



schutzlos unter der Sommerhitze leiden werden“, mahnte Andreas Steinert, Vereinsvorsitzender von „Wir packen's an“. Zu erwarten seien wie im zurückliegenden Jahr stinkende Fäkalien zwischen den Zelten, mangelnde Hygiene, fehlende Sommerbekleidung, Hitze in den Zelten.

Steinert freute sich, dass auch der 1. FC Union Berlin sein Fanhaus für Sachspenden zur Verfügung stellt und das Bezirksamt Trep-tow-Köpenick die aktuelle Aktion des Berlin-Brandenburgischen Hilfsvereins unterstützt. Weitere Infos unter: www.wir-packens-an.de.

Ein Blick von außen verändert die Sicht

„Als ich mit dem Raumschiff die Erde umkreiste, sah ich, wie schön unser Planet ist. Leute, lasst uns diese Schönheit bewahren und vermehren, nicht zerstören!“, sagte beeindruckt der erste Mensch im All, Juri Alexejewitsch Gagarin, nach seinem Flug vor 60 Jahren. Overview Effekt ist ein Phänomen, welches viele Menschen veränderte, die das Privileg hatten, aus dem All einen Blick auf die Schönheit unseres Planeten werfen zu können. Diese Sicht ermöglichte die Wahrnehmung eines für sie oft neuen Gefühls der Einheit aller Menschen und eine daraus erwachsende Verantwortung gegenüber der Umwelt, eine Verbundenheit der gesamten Menschheit.

Leider ist in den nachfolgenden 60 Jahren ein Teil der Menschheit den Weg der Vernunft nicht gegangen. Auch dieser Zeitraum war durch viele Feindschaften zwischen den Völkern, durch Kriege und durch starke Umweltzerstörung gekennzeichnet. Die Welt und der Fortbestand der Menschheit wird bei „Ein-Weiter-So“ zunehmend in Frage gestellt!

Klimamager für Zukunft

Dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ist eine der vordringlichsten Aufgaben auch in Märkisch-Oderland. Unter anderen bemüht sich die Initiative Friday for Future diese Problematik im Großen und im Kleinen in den Fokus der Menschen

zu setzen. Auch im April demonstrierten vor allem junge Menschen während der Sitzung des Umweltausschusses der Stadtverordnetenversammlung Strausberg und forderten die Stadt auf, ihrem Namen als „Grüne Stadt“ gerecht zu werden. Hierzu gehört z. B. ein 1,5°C kompatibles Klimaziel und die Schaffung der Stelle eines Klimamanagers. Dadurch könnte sichergestellt werden, dass wissenschaftliche Erkenntnisse auf diesem Gebiet Grundlage jeder politischen Entscheidung der Stadt werden.

Lasst uns diese Bemühung unterstützen und mit unseren Kindern und Jugendlichen gemeinsam Konzepte entwickeln und für ihre Umsetzung kämpfen!

Carsten Wenzel / BO Tamara

Mietendeckel bundesweit erstreiten!

Die Immobilienlobby jubelt: Mieten können wieder steigen und Aktionäre richtig abkassieren. Über 70 Prozent der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger befürworten den Berliner Mietendeckel. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu einer Klage von Bundestagsabgeordneten der CDU und FDP macht fassungslos: Weil die Bundesregierung mit ihrer fast völlig wirkungslosen Mietpreisbremse das Mietpreisrecht bereits geregelt habe, dürften Bundesländer nichts gegen den Mietenwahnsinn unternehmen.



Also lasst uns auf Bundesebene das Mietpreisrecht neu regeln. Sorgen wir dafür, dass dieser

Schuss der von den Miethaien gefütterten Kläger nach hinten losgeht. Im September sind Bundestagswahlen. Der Wähler hat die Chance, für einen Bundesmietendeckel zu sorgen. Eine soziale Mietpolitik ist mehr denn je ein Auftrag für DIE LINKE.

Niels-Olaf Lüders

Bundestagswahl
Direktkandidat WK 59

www.niels-olaf-lueders.de
www.facebook.com/nielsolafloeders



LINKE spenden für Heartfield-Haus

Im April überreichte erneut der Bundestagsabgeordnete der LINKEN Norbert Müller gemeinsam mit dem Direktkandidaten im hiesigen Wahlkreis 59, Niels-Olaf Lüders, dem Freundeskreis John Heartfield Waldsiedersdorf ei-

nen Scheck über 500 Euro. Im Sommer 2003 gehörte Müller zu den Gründungsmitgliedern des Vereins. Seither hat der Spendenverein seiner Fraktion den Freundeskreis immer wieder aktiv unterstützt. Nach Klärung der Eigentumsverhältnisse im Jahr 2008 konnte das verfallene Haus von der Gemeinde Waldsiedersdorf erworben, saniert und als Erinnerungs- und Begegnungsstätte eingerichtet werden. Der Freundeskreis hatte die Betreuung dieses Vorhabens übernommen. Inzwi-

schen ist es gelungen, das einstige Sommerhaus des bekannten Malers und Fotomontagekünstlers mit Veranstaltungen und Ausstellungen wieder zum Leben zu erwecken. Es entstand ein Ort, der an John Heartfield erinnert. 1950 war der Kommunist mit seiner Frau aus dem englischen Exil in die DDR übersiedelt. Von 1957 bis zu seinem Tod 1968 hatte er das Sommerhaus in der Nähe seiner in Buckow ansässigen Freunde Bertolt Brecht und Helene Weigel genutzt. Seine Witwe verbrachte hier bis 1983 den Sommer. In der Nachwendzeit hatte es als Ferienhaus der Akademie der Künste gedient. r.a.



v. l. Vereinsvorsitzende Astrid Landsmann, Niels-Olaf-Lüder, Norbert Müller



Erste Sitzung des Kinder- und Jugendbeirates

Es ist ein großer Erfolg, dass nun in Neuenhagen das erste Mal der Kinder- und Jugendbeirat tagte. Vielen Dank an die Verwaltung, besonders an Herrn Kirst und seinen Fachbereich, der die Ausschreibung, Auswahl und Einberufung organisierte. Daran nahmen neben der Verwaltung zehn Kinder und Jugendliche sowie drei Abgeordnete der Gemeindevertretung (GV) teil, von der Linksfraktion Angela Klamke. Die Ver-

waltung stellte sich mit ihren Aufgabenbereichen vor. Die Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates erläuterten ihre Wünsche für ein künftiges Neuenhagen. Dazu zählen ein Bolzplatz, wesentlich mehr sichere Fahrradwege, eine Schwimmhalle, mehr Zebrastreifen, Ampeln und ein zweiter Jugendclub Blaupause. Die Linksfraktion in der GV hatte sich wie andere Vertreter auch sehr für den Beirat

engagiert. Unseres Erachtens kann in Neuenhagen noch viel mehr für Kinder und Jugendliche getan werden! Immer noch hoffen wir auf den Bau des Spielplatzes an der Hönower Chaussee und die erfolgreiche Herrichtung des Gebäudes in der Ziegelstraße als Jugendhaus. Und wir sind froh, dass der Kinder- und Jugendbeirat ein Gremium ist, das unserer jungen Bevölkerung ein Gehör bei der Gestaltung Neuenhagens verschafft.

Linksfraktion in Neuenhagen

Ausbau der L 33 – Altlandsberger Chaussee – eine unendliche Geschichte



Einwohner demonstrierten 2015 für den Ausbau L33, mittig Wilfried Hertel

Nach fast 30 Jahren gibt es „Licht am Ende des Straßentunnels“. Seit 1992 „verplant“, wären die Bauarbeiten wahrscheinlich noch nicht begonnen worden, wenn nicht Proteste der Bürger vor Ort, Petition an den Landtag und unzählige

Schreiben an das Infrastrukturministerium und verantwortliche Politiker, den dringend notwendigen Ausbau dieser Straße gefordert hätten. Nach dem Baubeginn Ende 2018 wurde dann aber wieder 2 Gänge runter geschaltet. Monatelang passierte nichts, danach einiges mit viel Verzögerungen. Zeit- und Ablauf schlecht geplant, unvorhergesehene, aber aus Erfahrung einplanbare Verzögerungen. Die Entsorgung von Altlasten und Verlegung von Medien wurden nicht vorab im Planungsverfahren geklärt. Der ausgefallene Winter 2018/2019 wurde nicht genutzt, um den Zeitverzug aufzuholen. Gemessen

an den technischen Möglichkeiten, hätte diese Straße in einem Jahr fertig sein können. Jede Woche Verzögerung verursacht auf den Umleitungsstrecken durch den erhöhten Verkehr Umweltschäden, Lärm sowie Straßenschäden, die durch Verwendung von Steuergeldern wieder instandgesetzt werden müssen. Geld, was uns heute und in Zukunft in unserer Gemeinde für Infrastruktur, Kita, Schulen, Rad- und Gehwege, ÖPNV, Sport und Kultur fehlt.

*Wilfried Hertel
Petershagen/Eggersdorf*

Aus unserer Postmappe

Deutungshoheit über Geschichte nach 76 Jahren

Am 17. September 2020 verabschiedete das Europäische Parlament eine Entschließung zum „80. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs und zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas“. Weshalb erlangte dieses Dokument eine solche Resonanz unter Historikern und Politikern? Zum einen war es das Datum seines Erscheinens. Nicht der 1. September, der Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen, sondern der 17. September, der Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Ostpolen gemäß dem Geheimen Zusatzprotokoll zum Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der UdSSR vom 23. August 1939 wurde zum Anlass genommen, um der Welt die Sicht des Westens auf den Zweiten Weltkrieg und seine Vorgeschichte zu präsentieren. Das faschistische Deutschland und die Sowjetunion wurden gleichermaßen für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verantwortlich gemacht.

In dem Bestreben, die Deutungshoheit über die Geschichte zu erlangen scheut diese demonstrative Meinungsäußerung der EU nicht davor zurück, einen Mantel des Schweigens darüber zu legen, dass sich insbesondere Großbritannien, Frankreich und Polen in den 1930er Jahren der Gier Hitlers nach Weltherrschaft faktisch unterwarfen, alle Initiativen der UdSSR zur Errichtung eines Systems kollektiver Sicherheit torpedierend. Für sie war bereits damals die Sowjetunion der Hauptfeind, gegen den die Pfeile zu spitzen und gegen den das Expansionsstreben Hitlerdeutschlands auszurichten waren. Sie glaubten, sich mit ihrer Beschwichtigungspolitik aus allen kriegerischen Auseinandersetzungen heraushalten zu können und darüber hinaus von dem Kuchen UdSSR ihren Anteil abzubekommen. Doch da hatten sie nicht mit der



Gerhard Schwarz

Widerstandskraft der am 22. Juni 1941 überfallenen Sowjetunion gerechnet, die den größten Blutzoll für den Sieg über den Faschismus zu zahlen hatte, ganz zu schweigen von den Verhungerungen und Verkrüppelten.

Keine Lehren gezogen

76 Jahre später haben die Staaten der EU noch immer keine Lehren aus der Geschichte gezogen. Auch Deutschland nicht, das besondere Verantwortung für Massenmord und Vernichtung trägt. Vergessen ist der Schwur der Befreiten: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ Unsichtbar sind die Spuren der einst international vielbeachteten Rede von Bundeskanzler Richard von Weizsäcker vor dem Bundestag 1985, als er den 8. Mai als Tag der Befreiung charakterisierte und dabei betonte: „Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“ Die Gegenwart in diesem Land offenbart, dass diese Ansteckungsgefahr viel größer ist, als so mancher es wahrhaben will. Das beweisen nicht zuletzt die mit Hakenkreuzen beschmierten sowjetischen Ehrenmale über den Gräbern gefallener Rotarmisten wie u. a. in Schöneiche geschehen.

Die Staaten der EU reihen sich ein in

die Phalanx jener, die die in den 1940er Jahren von der UNO erarbeiteten allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts negieren, sie durch sogenannte eigene Werte ersetzen und diese anderen Völkern oktroyieren. Ihre bedingungslose Ergebenheit bezeugen sie heute den nach Weltherrschaft strebenden und mit einem Atomkrieg drohenden USA und scheuen nicht davor zurück, sich an deren Kriegen zu beteiligen. Wieder geht es darum, sich am Eigentum anderer Völker zu bereichern. Wer mag angesichts dieser Situation daran zweifeln, dass gerade Russland zu den beliebtesten Zielen des Macht Hungers der westlichen Hemisphäre zählt? Kaum ein Tag, an dem nicht Russland zu den Verantwortlichen für meist fabrizierte Vorfälle auf dieser Welt gemacht wird. Und da das Land kaum auf die Anfeindungen und Unterstellungen reagiert, müssen eben Sanktionen und Staatsstrieche gegen das Land und seine Verbündeten herhalten. Hilft das nicht, werden bei NATO-Übungen – und nicht nur dann – Zigtausende Soldaten mit ihrem gesamten militärischen Gerät an die russische Grenze verlegt, um dort den Angriff zu proben.

Welche Lehren Russland aus der Geschichte, insbesondere aus dem Krieg gegen den Hitlerfaschismus zog, findet seinen Niederschlag in der Botschaft Präsident Putins, die er am 21. April, am Vorabend des 76. Jahrestages der Befreiung, an das russische Parlament richtete: „Wir wollen die Beziehungen selbst zu jenen verbessern, mit denen es schwierig ist. Wir wollen keine Brücken zerstören. Sollte jemand unsere Absichten jedoch als Schwäche wahrnehmen und diese Brücken selbst abbrechen, muss er wissen, dass die Antwort schnell, asymmetrisch und hart sein wird. Ich hoffe, niemand wird daran denken, die rote Linie in Bezug auf Russland zu überschreiten.“

*Gerhard Schwarz
Rehfelde*

Todesmarsch 1945

Der Frühling 1945 begann zeitig und war warm. Die Kartoffelfelder mussten bestellt werden. Die Bauern öffneten die Kartoffelmieten, um das Saatgut vorzubereiten. Wir Kinder halfen beim Sortieren. Seit Wochen konnten wir keine Schule besuchen. Sie dienten jetzt als Lazarett oder Flüchtlingslager.

Der Krieg schien eine Pause einzulegen, hier in der Ostprignitz. Die Wehrmacht war über Nacht aus den Schützengräben und Unterständen westwärts abgezogen. Nur nachts hörten wir das Brummen von bombenschweren Flugzeugen.

In diesen Tagen wurde viel über das baldige Ende des Krieges gesprochen.

Kinder spielten mit den Saatkartoffeln und achteten anfangs gar nicht auf ein Geräusch, das immer näherkam und lauter wurde. Die Frauen unterbrachen ihre Arbeit. Das Geräusch klang wie das Summen eines Bienenschwarmes. Dann knallte ein Pistolenschuss, Hunde bellten kurz auf. Männerstimmen schimpften oder schrieten Befehle. Soldaten waren es nicht, die da marschierten, deren Stiefelschritte hatten wir im letzten Jahr oft gehört.

Und dann sahen wir einen Trupp von Menschen. Menschen, wie ich sie noch nie gesehen hatte. Aus Büchern kannte ich Bilder von Totenschädeln und Gerippen, die den Tod darstellten. So sahen diese Menschen aus, nur waren ihre Knochen mit einer



braunen Haut überzogen, die faltig und lederartig wirkte. Ihre Kleidung bestand nur aus Fetzen, die am Körper herunterhingen. An den Füßen trugen sie keine Schuhe, sondern Holzpantoffeln, viel zu groß und schwer für die Knochenbeine. Nur mit Mühe schlepten sich die entkräfteten Gestalten vorwärts. Die Holzpantoffeln schleiften auf der Erde. Die Kraft reichte nicht aus, um die Beine zu heben. Beim genaueren Hinsehen bemerkte ich, dass einige Männer Hosen mit Streifen trugen. Es waren also Gefangene. Keiner von ihnen sprach ein Wort. Mehrmals konnte ich mit Erstaunen sehen, dass zwei der Gefangenen einen völlig Entkräfteten in ihre Mitte genommen hatten und ihn stützten oder mitschleiften. Woher sie die Kraft nahmen, war mir ein Rätsel. Später sahen wir, dass derjenige, der vor Entkräftung liegen blieb, an den Straßenrand gerollt und erschossen wurde.

Grausame Erinnerungen eines Kindes

Plötzlich lösten sich ein paar Gefangene aus dem Zug, sprangen in den Straßengraben, griffen nach den fortgeworfenen Kartoffeln und steckten sie in den Mund. Sofort waren die Bewacher mit den Hunden da und trieben sie mit lautem Schreien wieder zu den anderen zurück. Wir alle standen wie erstarrt. Nur ein kleines Mädchen nahm die Hände voller Kartoffeln und warf sie in den Trupp der Gequälten. Sie tat es so geschwind, dass es die Bewacher nicht bemerkten. „Wohin werden die Menschen gebracht?“, fragte sie ihre Mutter. „In die Ostsee sollen sie getrieben werde und dann ertrinken“, flüsterte sie. „Hoffentlich erreichen sie das Ziel nicht, denn der Krieg muss bald zu Ende sein.“

Lange hörten wir noch das sich entfernende schleifende Geräusch der Holzpantoffeln, manchmal krachten Schüsse. Schweigend, noch ganz unter dem Eindruck des eben Erlebten, arbeiteten wir weiter. Später habe ich erfahren, dass der Zug unweit von uns befreit wurde. Wenn ich heute in diese Gegend fahre und die Granitsteine mit dem roten Dreieck sehe, muss ich immer an den Marsch der gequälten Menschen denken und mir scheint, als ob das summende Geräusch in der Luft liegt.

*Sigrid Schlenker
aufgeschrieben im April 1985,
inzwischen verstorben*

Nie wieder Faschismus und nie wieder Krieg!

Vertreter eines breiten Bündnisses von Parteien und Organisationen gedachten am 9. Mai am Ehrenmal der Gedenkstätte „Seelower Höhen“ des 76. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus und des 80. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion.

In einem Aufruf erinnerten sie daran, dass der Zweite Weltkrieg über 55 Millionen Tote sowie Hunger, Not und Elend brachte. Es war vor allem die Sowjetunion, die mit der Roten Armee den Sieg über den deutschen Faschismus herbeiführte und dafür die Hauptlast des Krieges trug.

Sie appellierten:

Die Opfer von Krieg und Faschismus sind nicht vergessen!

Abrüstung jetzt! Keine Erhöhung des Rüstungshaushaltes!

Verhandeln statt Aufrüsten!

Zusammenarbeit statt Konfrontation!

Keine US-Transporte durch Brandenburg! Friede mit Russland und China!

Zahlreiche Gedenkkundgebungen, an denen auch Mitglieder der LINKEN teilnahmen, fanden zudem am 8. Mai an Sowjetischen Ehrenmalen in Märkisch-Oderland statt, u. a. in Altlandsberg, Bad Freienwalde, Eggersdorf, Müncheberg, Seelow und Strausberg.



Bürgerbüros**Bettina Fortunato (MdL)****Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Telefax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Geschäftsstellen**Kreisgeschäftsstelle MOL**

www.dielinke-mol.de
E-Mail: info@dielinke-mol.de

Bad Freienwalde

Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
E-Mail: frw@dielinke-mol.de
www.dielinke-frw.de

Strausberg

Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
E-Mail: strausberg@dielinke-mol.de
www.dielinke-strausberg.de

LinksTreff**LinksTreff Seelow**

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de
www.dielinke-seelow.de

**Öffnung der Büros der LINKEN
im Mai**

- **Die Geschäftsstelle Strausberg**
Mo-Do 10.00 - 12.30 Uhr geöffnet
- **Die Geschäftsstelle
Bad Freienwalde**
öffnet jeden 1. Dienstag im Monat
von 9.30 - 11.30 Uhr und
jeden Donnerstag
von 16.00 - 18.00 Uhr
- **Der LinksTreff Seelow**
ist nur telefonisch oder per
E-Mail zu erreichen
- **Das Wahlkreisbüro von
Bettina Fortunato in Seelow:**
öffnet Montag bis Donnerstag
9.00 - 13.00 Uhr

Weltenbummler**Wolgareise – Jaroslawl
offenbarte Widersprüche
des heutigen Russlands**

2018 konnte ich mir einen Herzenswunsch erfüllen und beginnend in Moskau über die Wolga und den Don bis nach Rostow „schippern“. Es war eine beeindruckende und bereichernde Reise für mich – trotz oder vielleicht wegen der 5-jährigen Erfahrungen mit der Sowjetunion während meines Studiums. Zu Reisestationen gehörten u. a. Moskau und Wolgograd, Kasan und Samara. Einen tiefen Eindruck hinterließ bei mir Jaroslawl. Die alte Stadt an der Einmündung des Flusses Kotorosl in die Wolga hat mehr als 600 000 Einwohner. 2010 feierte sie ihr 1000-jähriges Jubiläum. Zu diesem Anlass wurde die Stadt offensichtlich vielerorts restauriert und neugestaltet. Oberhalb des Mündungssecks von Kotorosl und Wolga ist an alter Stelle mit durchaus schöner Architektur ein Neubau der Mariä-Entschlafens-Kathedrale errichtet worden. Nach Aussagen von Ortskundigen übrigens finanziert mit nicht wenig staatlichen Mitteln.

Im Umfeld der Kirche befindet sich eine sehr schöne Grünanlage mit einem ebenso beeindruckenden Mahn-

mal zum Großen Vaterländischen Krieg 1941 bis 1945. Es ist zweigeteilt: Auf der einen Seite das Gedenken an die heldenhaften Kämpfer, auf der anderen Seite den heldenhaften Arbeitern dieser Zeit gewidmet. Wenn man davorsteht, eröffnet sich einem der Durchblick zur neuen Kathedrale.

Und das ist vielleicht eine der neuen Erscheinungsformen der russischen Gesellschaft, zumindest außerhalb von Moskau gut wahrnehmbar:

Einerseits eine tiefe Verehrung der Helden des Großen Vaterländischen Krieges, auf der anderen Seite eine – auch unter jungen Menschen – zunehmende Hinwendung zum Glauben und zur Kirche.

Für Linke aus Deutschland mitunter nur schwer nachvollziehbar.

Monika Huschenbett

**Kick ins Land****Kleiner Nachtrag**

Wir Brandenburger können positiv in die Zukunft schauen! Trotz pandemischer Gefahrenlage scheint der Andrang beim Storch so groß zu sein, dass die Anfragen nicht mehr persönlich angenommen werden. Stattdessen wird darum gebeten, die entsprechenden Wünsche niederzuschreiben und diese im Briefkasten des „Storches“ einzuwerfen. Der zuständige Mitarbei-

ter sitzt im darüber befindlichen Nest und hat auf meine Nachfrage versichert, dass alle Anfragen zeitnah abgearbeitet werden!

Herzliche Frühlingsgrüße vom Stachel

PS. Gefunden in Hohenstein

**Wusstest Du schon?****Etwa ein Drittel Lebensmittel
gehen vom Feld bis zum Teller
verloren**

Quelle: TheStockCube

13 Millionen Essensreste, Brot, Joghurt landen in Deutschland jährlich in der Mülltonne. Allein in Privathaushalten werfen wir durchschnittlich 85,2 Kilogramm Essen im Jahr weg. Die Abfallmengen von

Landwirten, Lebensmittelverarbeitern, Handel und Gastronomie betragen 12,7 Millionen Tonnen verschwendeter Lebensmittel. Mehr als die Hälfte der Lebensmittelabfälle stammt aus Haushalten. Rund 40 Prozent wären vermeidbar, sagen die Forscher. Die Konsumentinnen und Konsumenten könnten 37,3 Kilo einsparen, wenn sie weniger einkaufen und etwa Obst, Gemüse und Brot richtig lagern würden. 2,2 Millionen Tonnen der Lebensmittelabfälle stammen aus der Verarbeitung, 1,7 Millionen Tonnen aus der Gastronomie. Von der Gesamtmenge seien knapp 6 bis zu 8,2 Millionen Tonnen theoretisch vermeidbar.

Simone Schubert

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 0334 1-311796, **Redaktion:** Renate Adolph, Simone Schubert, Carsten Wenzel, info@dielinke-mol.de.

Layout u. Satz: Fortunato Werbung, – www.fortunato-werbung.de, **Fotos/Grafiken:** DIE LINKE. MOL, privat